

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1917**

273 (21.11.1917)



Die Lage an den Fronten.

Verstärk. 20. Nov. (W. B. Nicht amtlich.) In Plan-bern ist das schon in den vorigen Tagen lebhafteste Feuer seit dem 19. November in stärkster Artilleriefeuer übergegangen. Die Hauptmacht des feindlichen Feuers richtete sich gegen den Frontabschnitt zwischen der Bahn Ober-Staden und Bezelacre, mit besonderem Nachdruck auf unsere Stellungen südwestlich Paschendaels. Vermehrter Einsatz schwerer Batterien, die planmäßig unsere Stellungen besaßen, wurde festgestellt. Auch nachts über und am Morgen des 20. November feuerte der Feind in unverminderter Stärke auf die genannten Abschnitte.

In Artois hielt gleichfalls tagsüber beiderseits der Bahn Douai-Arras lebhaftes Feuer bis zum Abend an. Starke feindliche Patrouillen wurden unter schweren Feindverlusten mehrfach abgewiesen.

Der Artilleriekampf nördlich von St. Quentin, vor allem bei Cherisy-Bullocourt und Omeant ist heftiger geworden. Seit dem 20. November 7 Uhr vormittags liegt schieres Feuer auf der nördlichen Quentin-Front. Trotz schwerer Verluste hat im Artois und beiderseits St. Quentin die Artillerietätigkeit zugenommen.

Nördlich Soissons zwischen Die und Chebrigny hat sich die feindliche Artillerietätigkeit verstärkt.

Deutlich der Maas versuchten die Franzosen mit mehreren Kompagnien nördlich vom Courrieres-Wald in unsere Stellungen einzubrechen. Der Angriff scheiterte reißlos unter schweren Verlusten für den Feind, der außerdem Gefangene in unserer Hand ließ. Am Abend wurden wiederholt neue feindliche Vereinstellungen zum Angriff erkannt. In die dicht aufgestellten Gräben schlug vernichtend das Feuer unserer Batterien und hielt jedesmal den Feind in seiner Vereinstellung nieder. Das gutliegende Artilleriefeuer brachte dem Feinde schwere Verluste. Während hier sämtliche französischen Angriffsabsichten blutig scheiterten, brachen unsere Stoßtruppen in die feindlichen Stellungen ein und brachten eine große Anzahl Gefangener und mehrere Maschinengewehre zurück.

In Mazedonien wurden westlich Monastir wiederum starke feindliche Patrouillen abgewiesen. Hier wie im Gerna-Bogen lebte das Artilleriefeuer auf. Bulgarische Stoßtruppen drangen westlich des Bardar in feindliche Gräben und brachten Gefangene zurück.

Die Italiener versuchten vergeblich, mit stark maskierten Kräften die von uns eroberten Stellungen am Nordhang des Monte Tomba wieder zu gewinnen. In die dichten Kolonnen des Feindes schlug vernichtend unser wohlgeleitetes Artilleriefeuer, während die Maschinengewehre eine Angriffswelle nach der anderen niedermähte. Unter allerhöchster Verluste wurde der Feind in seine Ausgangsstellung zurückgeworfen, nachdem er Tausende vergeblich geopfert hatte.

Der Kriegsgrund der Amerikaner.

W. B. Amsterdam, 20. Nov. (Nicht amtlich.) Auf der Konferenz der amerikanischen Federation of Labour hielt Wilson den Vortragsanlass eine Rede, in der er u. a. sagte: Die ganze Welt bewunderte vor dem Kriege die Leistungen Deutschlands auf geistigen und materiellen Gebiete. Die deutschen Männer der Wissenschaft hatten Deutschlands Industrie zur leistungsfähigsten in der Welt gemacht und die Handelsmarine „Mad in Germany“ war eine Bürgschaft für vortreffliche Arbeit und gutes Material. Alle Märkte der Welt standen Deutschland offen. Alle Kaufleute fürchteten seine zielbewusste, fast unüberstehliche Konkurrenz. Amerika vermochte mit Deutschland nicht gleichen Schritt zu halten. Trotzdem waren die führenden Männer Deutschlands nicht zufrieden. Es gibt in Deutschland keine wichtige Industrie, auf die nicht die Regierung ihre Hand gelegt hätte, um sie zu leiten und wenn nötig, zu kontrollieren. Deutschlands Fabrikanten und Exporteure konkurrierten unter dem Schutze und mit der Unterstützung der deutschen Regierung. Es war also eine Konkurrenz, die wir innerhalb unserer eigenen Grenzen auf geistlichem Wege zu verhindern trachteten. Wenn die Deutschen ihre Waren nicht billiger verkaufen konnten als wir die unrigen, konnten sie Beihilfen von ihrer Regierung erhalten, was ihnen ermöglichte, unter allen Umständen billiger zu verkaufen. Die Konkurrenzbedingungen wurden mithin in weitgehendem Maße von der deutschen Regierung unter Aufsicht gehalten.

Die Vereinigten Staaten nehmen die Azoren weg.

Lern, 20. Nov. Der „Temps“ meldet aus Madrid vom 15. November: Der portugiesische Gesandte erklärte die Nachricht, wonach die Vereinigten Staaten die militärische Verteidigung der Azoren übernommen und in Ponta del Woda mit Befestigungsarbeiten begonnen haben, für unrichtig (?). Zwischen Portugal, den Vereinigten Staaten und den Alliierten herrsche vollkommene Zusammenarbeit (!), so daß die Azoren wie alle anderen Punkte des portugiesischen Gebiets den Vereinigten Staaten natürlich (!) als Stützpunkte zum Zwecke des Vorgehens gegen den Feind dienen könnten. (W. B.)

Die Revolution in Rußland.

Amsterdam, 20. Nov. (W. B. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung des „Sozialdemokraten“ aus Gaparanda veröffentlicht die ausländische Vertretung der Bolschewiki folgende Meldung über die Lage in Petersburg:

In Petersburg herrscht Ordnung. Alle Nachrichten über Pogrome sind revolutionsteindliche Lügen. Am letzten Freitag verlautete in Petersburg, daß Tschernow in die Arbeiterregierung eingetreten sei. Die Mehrzahl der Fronttruppen steht auf Seiten der Arbeiterregierung. Das gleiche ist in Charkow der Fall. In den Kosakengebieten herrscht Uneinigkeit. Jedoch nahmen die armen Bauern eine Haltung gegen die Kosaken ein.

Die ausländische Vertretung der Bolschewiki ist gestern nachmittags 4 Uhr mit Sonderzug nach Petersburg abgereist. „Sozialdemokraten“ bemerkt hierzu:

Im Gegensatz hierzu stehen die Telegramme, die von dem englischen Korrespondenten in Petersburg abgefaßt worden sind und die Lage in den schwärzesten Farben malen. Namentlich halten sie sich bei dem Kosakengeneraal Paleidin auf, der in den meisten englischen Telegrammen als der hervorragendste Mann bezeichnet wird. Man könnte den-

ken, daß die Engländer über den Bormark Kalebins gegen Petersburg von dem brennenden Wunsch geleitet würden, die Friedensrevolution durch die Kosaken niedergeschlagen zu sehen. Wie es sich auch mit den unbeständigen Gerüchten verhält, nicht uninteressant ist es zu sehen, wie das liberale England und das republikanische Frankreich ihre Hoffnungen und ihren Trost auf die Kosaken setzen. Aber vorläufig liegt kein Grund vor, daß die verhassten Kosakenherden die freien Arbeiter Rußlands besiegen werden.“

Nach einer Meldung aus Gaparanda, die aus zuverlässiger Quelle stammt, kam es zwischen den Konsuln der Entente und den neuen Behörden in Tornea zu einem ersten Zwischenfall, da die Grenzwaache in Tornea den Paß des Kuriers der Ententeregierungen nicht gelassen wollte und den Kurier an der Weiterreise nach Gaparanda verhinderte. Die Ententekonsuln stellten ein Ultimatum, das in einer halben Stunde beantwortet werden sollte, worauf die Behörde die Grenzwaache anwies, den Kurier die Grenze passieren zu lassen. Die Behörden von Tornea befehlen, daß alle Waren aus Rußland, die nach Ententeländern bestimmt sind, zurückgehalten sind als Vergeltungsmaßnahme gegen die englische Verordnung, daß englische Dampfer mit Ladungen aus Archangelsk nach England zurückkehren sollen.

W. B. Kopenhagen, 20. Nov. (Nicht amtlich.) Aus einem hier vorliegenden Telegramm aus Gaparanda geht hervor, daß der Rat der Maximalisten das Recht der vertriebenen Nationalitäten, sich von Rußland zu trennen und ihre Unabhängigkeit zu betreiben, erklärt hat. Die Ukraine hat sich bereits als unabhängig erklärt. — Weiter lautet eine Meldung, daß eine Anzahl Maximalistführer, die sich bisher in Stockholm aufgehalten hat, nach Petersburg abgereist sei.

W. B. Stockholm, 20. Nov. (Nicht amtlich.) In Finnland herrscht nach Meldungen aus Gaparanda vollkommene Ruhe. Die Grenze nach Schweden hin ist wieder geöffnet, doch werden in Uleaberg laut „Stockholms Dagbladet“ mehrere Schweden, darunter ein Mitglied der schwedischen Gesandtschaft in Petersburg, die nach Hause reisen wollten, interniert gehalten.

Was Georg Weill in Moskau erzählte.

H. Georg Weill war bekanntlich in Petersburg, um die russischen Sozialisten für die Kriegsstellungung zum Schicksal Lothringens willen zu gewinnen. Natürlich fiel er damit ab, und als er dann nach Moskau fuhr, erzählte er dort im Kreis des Arbeiter- und Soldatenrates seinen bösen Empfang in Petersburg:

„Viele und sehr naive Fragen wurden an mich gerichtet. Ich habe sie beantwortet und — wie fonderbar! — habe ich mich im Kreise der Verbündeten verteidigen müssen. In den an mich gerichteten Anfragen wurden keine Beschuldigungen gegen Deutschland, wohl aber viele gegen Frankreich und England laut, die auch des Imperialismus bezichtigt wurden, an dem Deutschland die größte Schuld hat. Man hielt mir die farbigen Truppen, Marokko, Irland vor und ich gab zur Antwort: „Angenommen, dies alles wäre so richtig, wie es falsch ist. Angenommen, Ihr hättet Recht... Wie wichtig ist das alles jedoch im Vergleich zu dem, was Deutschland tut und getan hat! Ist es denn nicht ungeheuerlich, daß die russischen Revolutionäre nicht Wilhelm den Eroberer schmähen, sondern die ganze Wucht ihrer Anschuldigungen gegen Frankreich und England richten? Nebenbei bemerkt, ist es überhaupt statthaft, von Irland zu sprechen, wo doch bekannt ist, daß die irische Frage gegenwärtig nur durch die Schuld der Engländer selbst nicht gelöst werden kann?“

Dieser Satz ist fälschlich. Auch die zaristische Regierung hat stets erklärt, es sei Schuld der Juden, Finnländer, Ukrainer usw., wenn die jüdische, finnische, ukrainische Frage ungelöst bleibe. Die zaristische Regierung hatte die entsprechende Lösung für und fertig, und es war nicht ihre Schuld, wenn sie mit ihren Plänen auf keine Gegenliebe stieß. Man war empört und belustigt zugleich über diese alberne Argumentation. Nun kommt Weill und greift dasselbe Argument auf. Da hört schon die Befähigung auf, und es bleibt nur die Empörung zurück.

Von den weiteren Ausführungen Weills sei noch der folgende Passus bemerkt:

„Den unbedeutenden Vorfall in der deutschen Flotte haben die Internationalisten für ein wirksameres Mittel gegen die Clique Wilhelms als alle Taten der verbündeten Meere gehalten... Rußland setzt mich in maßloses Staunen, es ist Krieg, man muß arbeiten, während von Arbeit nichts zu spüren ist. Bald wird es so weit sein, daß man nicht einen Nagel wird aufstreuen können. Chaos überall und Chaos in den Hirnen und, was die Hauptsache, der Patriotismus fehlt. Auch Frankreich hat während der großen Revolution seine Bolschewiki befehlen, aber sie nannten sich nicht Revolutionäre, es war die Verände. Alle Revolutionäre waren Patrioten. Sie gaben Europa die Freiheit, die russischen Revolutionäre ohne Patriotismus dagegen haben die Demokratie kompromittiert und vor dem Despoten Wilhelm die Waffen gestreckt.“

Daß diese Schimpfereien Weills unter den russischen Sozialisten neue Sympathien für Frankreich gewonnen haben, ist wohl nicht anzunehmen.

Ausland.

Neue französische Kriegskredite.

Paris, 19. Nov. (W. B.) Meldung der Agence Havas. Der Finanzminister hat dem Ministerrat eine Vorlage über die Eröffnung von Kriegskrediten für das erste Vierteljahr 1918 vorgelegt, die 200 Millionen Franc betragen. Davon sollen 800 Millionen Franc ausschließlich für militärische Zwecke verwendet werden.

Schlechte Aussichten für Clemenceau.

H. Zur Widmung des Kabinetts Clemenceau meint selbst Stockholm „Sozialdemokraten“, daß die Berufung Clemenceaus schon lange als letzter Ausweg Poincares betrachtet wurde — als letzter verzweifelter Ausweg könne man sagen, denn Clemenceau war der bitterste persönliche Gegner des Präsidenten. Aber das neue Ministerium werde an denselben Schwächen leiden, an denen das Kabinet Poincare zu Grunde gegangen sei: an dem kom-

posten Widerstreben der jungen Partei sozialdemokratischen Partei und ohne Zweifel auch eines beträchtlichen Teils der Radikalsocialisten. Der Wahrscheinlichkeit nach könne man bei eine lange Dauer nicht verhoffen.

Starke Zunahme der sozialistischen Stimmen in Newberk. Bürgermeierwahl in Newport.

H. Die am 7. November abgehaltene Newporter Bürgermeierwahl hat sowohl ein politisches wie ein sozialistisches Interesse. Abgelesen von der Kandidatur Mitchell, die Wilsons Unterstützung hatte, bewarben sich der „prodeutsche“ Hyman und der Sozialist und Friedensfreund Silliquit um den Bürgermeierposten. Zum Verrger der Kriegsheber und Anhänger Wilsons siegte Hyman mit 295 000 Stimmen gegen Mitchell, der nur 148 000 Stimmen auf sich vereinigte. Aber die Ueberrraschung des Wahltampfes ist die große Stimmengahl, die auf Silliquit entfiel: sie beträgt 140 000, also beinahe so viel wie die des Wilsonschen Kandidaten. Silliquits Wahlprogramm war direkt gegen die Kriegspolitik Wilsons gerichtet.

Deutsches Reich.

Der neue Chef der Reichskanzlei.

Der Staatsanzeiger schreibt: Der Kaiser und König geruhte den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Geh. Legationsrat Wilhelm von Radowicz zum Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, unter Verleihung des Titels und des Ranges eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers zu ernennen.

Nicktritt des Unterstaatssekretärs Müller?

Köln, 20. Nov. Wie die „Köln. Ztg.“ von unterrichteter Seite hört, soll der Unterstaatssekretär des Kriegsernährungsamtes, August Müller, entlassen sein, dem Beispiel Dr. Schwanders zu folgen und ebenfalls aus seinem Amte zu scheiden. Die Gründe seines Nicktritts sind nicht bekannt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Sonnabend lediglich mit Initiativanträgen. Zunächst gelangten die bereits der vertriebenen Staatshaushaltskommission überwiesenen Anträge auf Förderung der Fischerei mit einem sozialdemokratischen Zusatzantrag zur Annahme, wonach die Regierung drauf hinwirken soll, daß die Erzeugnisse der Fischerei allen Teilen der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden. In der vorausgegangenen Debatte geistete Genosse Braun scharf den Vucher, der mit den Fischen getrieben wird. Die Vertreter der Regierung waren nicht imstande, seine sachkundigen Ausführungen zu entkräften. — Ein Antrag der Fortschrittler auf Vorlegung eines Geheimschweiges, wonach den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei der Regelung ihres Arbeitsverhältnisses gewährleistet wird, wurde auf Vorschlag der Konservativen einer besonderen Kommission überwiesen, ohne daß außer den Antragstellern auch nur ein einziger Redner aus dem Hause zu Wort kam. Unseren Genossen wurde dadurch die Möglichkeit genommen, die speziellen Forderungen der Staatsarbeiter zu vertreten; das wird nachgeholt werden, wenn der Antrag aus der Kommission wieder ans Plenum kommt. Gleichfalls einer Kommission überwiesen wurden verschiedene Anträge, die darauf abzielen, das passive Gemeinwahlrecht auch den Volksschullehrern, Geistlichen, Kirchendienern, richterlichen Beamten und Beamten der Staatsanwaltschaft einzuräumen. Für die Sozialdemokraten stellte sich Genosse Girich auf den Boden des Antrags, betonte aber ausdrücklich, daß es sich hier nur um einen ersten Schritt handele und daß seine Freunde die Befähigung aller, sowohl das passive wie das aktive Wahlrecht einschneidenden Bestimmungen der Städte- und Landgemeinverordnungen wie überhaupt eine Revision dieser Gesetze im freibürgerlichen Sinne verlangten.

Die neuen Kriegskredite.

Dem Reichstage ist eine neue Kreditvorlage zugegangen. Es wird gefordert die Summe von 15 Milliarden Mark, die im Wege des Kredits flüssig zu machen ist.

Die nächste Reichstagsitzung.

Der Seniorenfondent des Reichstages trat am Montag zu einer Sitzung zusammen, um über den Antrag der Unabhängigen, den Reichstag sofort einzuberufen, zu beraten. Die Mehrheit des Seniorenfondents war der Auffassung, es sei dem in Aussicht genommenen Termin, dem 29. November, zu belassen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht zunächst die Beratung der Kriegskredite, ferner die Interpellation des Zentrums betreffend die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes und schließlich die militärischen Fragen, die der Hauptauschluß vor der Vertagung erledigt hat.

Es tritt weiter.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge hält man in politischen Kreisen die Stellung des vor kurzem erst in sein Amt berufenen Ministers des Innern, Drews, für „erschüttert“. Es werde ernstlich erachtet, das preussische Staatsministerium habe die Herrensauvorlage, die zusammen mit der Wahlreform eingebracht werden soll, in so wesentlichen Punkten verändert, daß der Minister es nicht über sich bringen könne, diese Vorlage als seine eigene vor dem Landtage zu vertreten. Angeblich soll die Entscheidung über diese neue „kleine“ Kritik, die allerdings von unabsehbarer politischer Tragweite werden könnte, bereits in den nächsten Tagen bevorstehen. Das Blatt kann allerdings an die Richtigkeit der umlaufenden Gerüchte einzuweichen nicht glauben. Dr. Drews beste heute das Vertrauen derjenigen, die eine christliche Einlösung des königlichen Reformvertrages erwarten.

Der Papiermangel und die religiösen Sonntagsblätter.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Schulenburg, in der betont wurde, daß den religiösen Sonntagsblättern besondere Schwierigkeiten in der Beschaffung von Druckpapier gemacht werden, wird vom Reichsamt des Innern geantwortet, daß zwar die hohe Bedeutung, die die Sonntagsblätter für weite Kreise der Bevölkerung haben, keineswegs verkannt werde, doch es jedoch nicht möglich sei, sie grundsätzlich als Tageszeitungen anzuerkennen, weil ihr Inhalt in vielen Fällen völlig oder überwiegend anderer Art ist, als der der Tageszeitungen.

Die Presse ab der Reichstag... (Text continues on the right page)

Im 7. Organisations... (Text continues on the right page)

Die S... (Text continues on the right page)

Fre...

rics in J... (Text continues on the right page)

Neuwahl für Bayer.

W.A. Berlin, 20. Nov. (Amstsch.) In letzter Zeit hat die Presse aller Parteien lebhaft die Frage erörtert, ob der neue Reichstag von Bayern sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederlegen werde oder nicht.

Aus der Partei.

Berichterstattung vom Parteitag.

Im 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis haben die Organisationsversammlungen in Kiel, Rendsburg, Neumünster und Heikendorf zu den Verhandlungen des Bürgerparteitags Stellung genommen und sich mit seinen Beschlüssen in vollem Umfang einverstanden erklärt.

Baden.

Tagung des Zentralkomitees der bad. Zentrumspartei.

Offenburg, 20. Nov. Unter dem Vorsitz des Reichs- und Landtagsabg. Landgerichtspräsidenten Dr. Jehnert fand hier in der vergangenen Woche eine Beratung des Zentralkomitees der bad. Zentrumspartei, die aus dem ganzen Lande von über 120 Mitgliedern des Zentralkomitees besetzt war.

Der Handel und die Verteuerung des Reisens.

Karlsruhe, 20. Nov. In ihrer letzten Versammlung befaßte sich die Karlsruher Handelskammer mit den Maßnahmen, die zur Überwindung einer Beschränkung des Personenverkehrs getroffen wurden.

front - Religion - Politik.

S. A. R. Als vor einiger Zeit Paul Göhre in der bei Diederichs in Jena verlegten Monatschrift 'Die Tat' die Frage des durch den Krieg gewandelten Verhältnisses der Geschlechter zueinander besprach, wandte sie in starkem Maße das Interesse unserer Parteipresse diesem Aufsatze zu.

seinem Zuge zur Unterirdung schon im Feuer befindlicher Abteilungen vorging, im Vorhinein in einer geschützten Mulde fünf Leute der vorderen Abteilungen getroffen habe, die laut zusammen beteten - fünf! Die Zahlen reden.

In seinem Zug, den er führte, hatte Göhre nur einen einzigen wirklich frommen Menschen, der betete. Er blieb gänzlich unbeteiligt, aber auch ohne jeden vorbildlichen Einfluß auf die Kameraden.

Einmal nur ein Erlebnis, überraschend entgegengefaßt: in den Schützengräben vor Grodno bei der Ablösung heimisch-westfälischer Landwehr fand man Gräben wie Unterstände mit allerlei Heiligenbildern geschmückt, zum Teil versehen mit griechisch-orthodoxem Stempel, Kreuzes- und Weiswasserfesseln auf dem Tisch.

Auf Grund der gesamten Tatsachen, die Göhre draußen persönlich erlebte und schildert erzählt, kommt er zu dem Schluß: 'Den Allermeisten bringt der Krieg und seine Erlebnisse keine sonderliche Veränderung ihrer religiösen Meinung, wie sie vor dem Kriege allmählich gewonnen hatten. ... Viele von denen, die mit

sich dies in befriedigender Weise vernünftigen lassen sollte, soll späterhin erörtert werden, auch für andere Städte des Bezirks eine ähnliche Einrichtung ins Leben zu rufen.

Freiburg, 20. Nov. Beim Kartoffelfeldarbeiten zog sich eine hier wohnende 61 jährige Frau eine kleine Schnittverletzung am linken Daumen zu.

Freiburg, 20. Nov. Universitätsprofessor Dr. G. Hoberg feierte in den letzten Tagen seinen 60. Geburtstag.

Freiburg, 20. Nov. Der Bürgerauschuss nahm eine Vorlage des Stadtrats über die Gewährung von Kriegszulagen und Kriegsteuerungsbeihilfen an Arbeiter, Beamte und Lehrer an.

Freiburg, 20. Nov. Bei der Bauernbank des Badischen Bauernvereins betragen die Zeichnungen auf die sieben Kriegsanleihen bei 5968 Zeichnern 4 812 100 M.

Nohrdorf b. Wehrh. 21. Nov. Am Sonntag früh wurde das Wohn- und Oekonomiengehäude des Landwirts Johann Hipp durch Feuer in Schutt und Asche gelegt.

Wöringen, 21. Nov. Das hiesige Schloßgut des Altmehlers Freiherrn Werner v. Kroben ging durch Kauf an Dr. Hans Currius aus Duisburg über.

Mannheim, 21. Nov. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Möbelwagen wurden der Fuhrmann und ein 13 jähriger Volksschüler auf die Straße geschleudert und erheblich verletzt.

Auerbach b. Mosbach, 21. Nov. Auf der hiesigen Station lösten sich gestern früh von einem Güterzug Mannheim-Würzburg 20 Wagen los und liefen auf der Gefällstrecke jurid.

der alten patriarchalischen christlichen Frömmigkeit hinausgingen, werden draußen an ihr eine stille, starke Stütze gefunden und gehalten haben, aber eine bestimmte Anzahl unter ihnen wird an ihr draußen irre geworden sein.

Diesem Urteil gibt Göhre die überzeugende psychologische Begründung aus den Tatsachen der Frontverhältnisse und aus ebenso zwingenden Erwägungen der religiösen Lage unseres Volkes kurz vor dem Kriege.

Man denkt unwillkürlich an das Wort, das nur ein Christ ein guter Soldat sein könne.

„Wartet nur, wenn erst die aus dem Schützengraben wieder nach Hause kommen!“, das ist die Drohung, mit der Partei gegen Partei und Richtung gegen Richtung einander aufspielt.

wodurch einige Wagen entgleiten und beide Gleise sperren. Ein von Würzburg kommender nach Mannheim fahrender Güterzug, der gerade in Station Dallau einfuhr, konnte nicht mehr zurückgehalten werden und fuhr in die entgleisten Wagen hinein. In dem Personenzug wurde ein Reisender geringfügig verletzt; drei Bahnbedienstete erlitten unerhebliche Verletzungen. Der Verkehr wurde über die Nebenbahn geleitet.

**Pforzheim, 20. Nov.** Am letzten Samstag waren 50 Jahre verflossen, seitdem die Pforzheimer Gewerbebank als Genossenschaft mit beschränkter Haftung nach Schulze-Delblich's Grundrissen begründet wurde. Am Ende des ersten Jahres hatte die Gewerbebank 529 Mitglieder mit 21.639 Anteilen. Der Umsatz betrug 12 1/2 Millionen Mark, die Dividende belief sich auf 7 v. H. Die Zahl der Mitglieder stieg, ging aber infolge des Krieges um 400 zurück und beträgt jetzt 2372 mit 987.573 M. Geschäftsanteilen und 528.000 M. Reserven. Seit 1895 verteilt die Gewerbebank eine Dividende von 6 v. H.; vor einigen Jahren ist sie in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden.

**Kursänderung.**

Von heute Mittwoch, den 21. November ab fällt der Schnellzug 12.15 Uhr ab Karlsruhe, der unsere Zeitungspost auf der Strecke Kastatt-Dos-Möhrn-Offenburg-Kinzigtal befördert, a. u. S. Diese „Volkstreuend“-Post geht daher erst mit dem Zug 1.10 ab Karlsruhe, wodurch natürlich eine spätere Zustellung unseres Blattes in den Orten auf genannter Strecke eintreten wird.

Unsere in Frage kommenden verehrl. Bezücker bitten wir, das güt. berücksichtigen zu wollen.

Karlsruhe, 21. November 1917.

Verlag des „Volkstreuend“.

**Gewerkschaftliches.**

Der Tabakarbeiter-Verband hält gegenwärtig in Frankfurt a. M. mit den Tabakarbeiter-Organisationen christlicher und gipsch-dumerscher Richtung eine gemeinsame Konferenz ab, um über die Lage der Tabakarbeiter unter der zunehmenden Leertung und die ungenügende Kriegswohlfahrtspflege für die arbeitslosen Tabakarbeiter zu beraten.

Der Zentralverband der Dachdecker hat eine Eingabe an die Reichsstelle für Schube und Leder gerichtet, in der er darauf aufmerksam macht, daß das Fehlen elastischer Fußbekleidung die Berufsgesundheit für Dachdecker außerordentlich erhöht. Er bittet deshalb dringend, für die Dacharbeit ausnahmsweise die nötigen Lederarten bereitzustellen.

Die dänischen Schiffsheizer sind infolge der Stilllegung eines erheblichen Teils des Schiffsverkehrs infolge der verkehrten Seefahrtführung in große Not geraten. Eine in Kopenhagen stattgefundene Generalversammlung ihres Verbandes richtete an die Regierung die dringende Aufforderung, den arbeitslosen Schiffsheizern eine außerordentliche Unterstützung zu gewähren.

**Auswahlprüfung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe.**

Karlsruhe, 20. Nov. Zu der gestern abend im Verwaltungsgebäude des Krankenkassenverbandes stattgefundenen Ausschusssitzung hatten sich die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlreich eingefunden. Auf der Tagesordnung standen 5 Punkte: 1. Satzungsänderungen 2. besonderer Druckvorlage, 2. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres, 3. Wahl eines Vertreters in den Rechnungsausschuss des Kassenverbandes, 4. Festsetzung des Voran-

schlags für das Jahr 1918, 5. Anträge und Beschlüsse. Der Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Ausschusses Herr Richter, der bis jetzt gefallenen und geforderten Ausschlagmitgliedern, welche die Versammlung durch Erheben von den Sitzen ehrete.

Zum Punkt 1. Satzungsänderung, hatte der Vorstand den Ausschlagmitgliedern eine gedruckte Vorlage zugehen lassen, wonach folgende Statutenänderungen beantragt wurden:

1. § 18 Abs. 1 Ziffer 2 soll lauten: Krankengeld in Höhe von 60 Hundertsteln (statt des halben) Grundlohnes usw.

2. § 20a Abs. 2 soll eine Einschränkung dahin erfahren, daß der Anspruch auf Mehrleistungen für solche Mitglieder, die der Kasse freiwillig beigetreten sind, erst nach einer Wartezeit von 6 Monaten entfällt.

3. § 42 Abs. 1. Die Kassenbeiträge werden auf 4 1/2 Hundertstel (statt 4) des Grundlohnes festgesetzt. Sie betragen:

Table with columns for 'täglich' and 'wöchentlich' rates for different wage classes (1-6) with and without wages.

4. § 51 e. Die Beiträge für die unfähig Beschäftigten werden auf 4 1/2 (statt 4) Hundertstel des Ortslohnes usw. festgesetzt. Diese Änderungen sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1918 ab in Kraft treten.

Die Begründung der Vorlage zu Ziffer 1 und 3 wurde ausführt: Unter den heutigen Verhältnissen genügt das heutige Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes längst nicht mehr dem Zweck, als Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst zu gelten. Eine Erhöhung auf 60 Prozent des Grundlohnes stellt eine Erhöhung der bisherigen Krankengeldbeiträge um 20 Prozent dar und dürfte der Mindestsatz dessen sein, was man den erkrankten Kassenmitgliedern im Falle der Erwerbsunfähigkeit der Leistung entsprechend bewilligen sollte. Gerne wäre der Vorstand für einen höheren Betrag eingetreten, doch lassen einen solchen die Kassenverhältnisse zurzeit nicht zu. Für das laufende Rechnungsjahr ist nur ein geringer Ueberschuß zu erwarten. Eine Erhöhung des Krankengeldes von 50 auf 60 Prozent des Grundlohnes ist mit einer Erhöhung der bisher bezahlten Beträge um 20 Prozent gleich und beträgt aus 400.000 M. somit 80.000 M. Diese Summe aus laufenden Mitteln der gegenwärtigen Beitragseinnahmen zu decken ist unmöglich, weshalb eine Beitragserhöhung im Sinne des Antrages des Kassenvorstandes von 4 auf 4 1/2 Prozent in die Wege geleitet werden muß. Hierdurch werden der Kasse Mehreinnahmen an Beiträgen von jährlich (berechnet aus 941.000 Mark) 118.000 M. zuzuführen, jedoch hieraus nicht nur der Mehrbetrag der Krankengelder mit 80.000 M., sondern auch die damit zusammenhängenden Mehrausgaben für Wochengeld mit 7500 M., für Stützgeld mit 2500 M. und für Hausgeld mit 4500 M., zusammen 14.500 M. bestritten werden können. Aus den Mehreinnahmen der Beitragserhöhung werden so voraussichtlich noch 23.500 M. erübrigt werden, um für unvorhergesehene Ausgaben und auch für die Minderlage Verwendung finden zu können.

Zu Ziffer 2. Daß die Beiträtsberechtigten nach einer gleichen Wartezeit wie die Versicherungspflichtigen in den Genuß der Mehrleistungen treten konnten, wurde längst als ein Unrecht empfunden und zwar umso mehr, als die Beiträge der freien Mitglieder schon lange nicht mehr dazu ausreichten, die Kosten der Krankenkasse für diese Kassenmitglieder aufzubringen. Der Krankenstand unter den Versicherungsberechtigten war stets höher als unter den Pflichtigen, jedoch sich die jetzt beschlossene Einschränkung auch in dieser Richtung vollst. redressieren läßt.

Zu Ziffer 4. Da auch die unfähig Beschäftigten in den Genuß eines höheren Krankengeldes gelangen, muß auch für diesen Kreis der Kassenmitglieder eine entsprechende Beitragserhöhung eintreten.

Nachdem Herr Stadts. Führer von Seiten der Arbeitnehmer die Vorlage warm befürwortete und im nächsten Jahre eine neue Lohnverhöhung für die Kassenmitglieder forderte, um hierdurch der Kasse mehr Beiträge zuzuführen, begründete der Vorsitzende der Kasse, Herr Stadts. Hof, noch eingehend die Vorlage und wies in seinen Ausführungen auch auf die schwere Belastung der Krankenkassen durch den Krieg hin. Er betonte die Notwendigkeit, daß das Reich den Krankenkassen die Opfer für die Kriegsschäden wieder ersetzen müsse, da die Krankenkassen in die schwierigsten finanziellen Verhältnisse geraten würden. Bei Annahme der Vorlage glänzte er schon jetzt Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Anschluß den Dank der Kranken für die Vorsehung in ihren Bezügen aussprechen zu dürfen. Das Krankengeld würde vom 1. Januar 1918 ab täglich betragen:

Table showing daily and weekly amounts for different wage classes (1-6) with and without wages.

Die Beiträge würden dementsprechend weniger erhöht werden, da diese Erhöhung dem Arbeitgeber für einen Versicherten in der 6. Lohnklasse nur 1 Pfg. pro Tag ausmache, während der Versicherte selbst 2 Pfg. in der höchsten Lohnklasse pro Tag mehr zu bezahlen habe.

Herr Direktor Sigmond weist noch darauf hin, daß nach eine ganze Reihe anderer Momente hinzuläme, welche das ungünstige finanzielle Resultat der Krankenkasse zeitigten. So u. a. das Hilfsdienstgesetz, wodurch eine ganze Anzahl Personen in die Krankenkassen kämen, die früher nie gegen Lohn beschäftigt gewesen seien, und nun zum Teil nach kurzer Arbeitszeit sich krank anboten. Ferner würden die weiblichen Versicherten infolge ihrer schwächeren Körperkonstitution und Beschäftigung in der Kriegswirtschaft leicht zur Krankmeldung und Arbeitsunfähigkeit neigen. Früher habe die Kasse in der Woche 10-15 Erkrankte angesteuert, heute wären es 40-50 Fälle in der Woche. Er wünscht auch eine bessere Regelung der Beziehungen der verschiedenen Versicherungsträger untereinander, damit das einmal ein gesetzlicher Träger der sozialen Versicherung eingetreten sei, die anderen Versicherungsträger nicht auch noch herangezogen werden sollten. Für die Unfallverletzten müsse verlangt werden, daß die Berufsgenossenschaften sofort das Selbstversichern zu übernehmen haben, wodurch die Krankenkassen befreit entlastet, und viel Arbeit, Mühe und Streitigkeiten vermieden würden.

Herr Kammerrentat Moninger ist mit der Vorlage einverstanden, besetzt sich aber als Gegner der Heranziehung der Berufsgenossenschaften für die Unfallverletzten vom ersten Tage des Unfalls an. Auch die Berufsgenossenschaften hätten unter

dem Kriege zum Teil schwer zu leiden, da bei einer ganzen Anzahl derselben die Beiträge in die Höhe gegangen seien, weil viele Betriebe geschlossen, andere die Arbeiterzahl verringert und den Betrieb einschränken mußten, die Löhne aber festhalten blieben. Er wünscht auch eine bessere Regelung und Verständigung im Wege des gegenseitigen Entgegenkommens. Hierauf wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Die anderen Punkte der Tagesordnung waren schnell erledigt. In den Rechnungsprüfungs-Ausschuss wurden die Herren Drinneberg, Eichhorn und Klöber, in den Prüfungsausschuss des Kassenverbandes Herr Eichhorn gewählt. Die Festsetzung des Voranschlags wurde auf Antrag des Vorsitzenden der Kasse bis zur Frühjahr-Ausschussprüfung zurückgestellt, da sich bis dahin die Situation der Kasse und das Rechnungsergebnis vom laufenden Jahre überblicken lasse.

Unter „Anträge und Wünsche“ wurde das Wort nicht verlangt, und konnte die Sitzung um 6 1/2 Uhr unter Dankworten an die Erschienenen geschlossen werden.

Mit der Annahme der Vorlage geht die Allgemeine Ortskrankenkasse auf dem Gebiete der Fürsorge für ihre Mitglieder wieder bahnbrechend voran. Während viele Kassen heute noch nur die durch das Notgesetz vom 4. August 1914 eingeführten Mindestleistungen ihren Mitgliedern gewähren, hat die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe bisher von dem ihr zustehenden Recht auf Erhöhung der Beiträge keinen Gebrauch gemacht, andererseits aber alle früheren Mehrleistungen für die Mitglieder und deren Angehörige wieder eingeführt, und weitere Verbesserungen in den Leistungen der Kasse hinzutreten lassen. So u. a. die Abschaffung eines Karenztages, daß die Mitglieder schon vom zweiten Tage der Erkrankung ab Krankengeld erhalten, die Erhöhung des Krankengeldes von 50 Prozent auf 75 Prozent des Grundlohnes für in Krankenhäusern, Erholungsheimen, Heilanstalten usw. untergebrachten Mitglieder, sofern dieselben ganz oder überwiegend aus ihrem Verdienst Angehörige zu unterhalten haben. Jetzt tritt die Erhöhung des Krankengeldes allgemein von 50 auf 60 Prozent des Grundlohnes ein.

In bezug auf die Fürsorge der Beamten gewährt der Krankenkassenverband, welchem die Allgemeine Ortskrankenkasse angeschlossen ist, seit Ausbruch des Krieges durch Bezahlung von 75 Prozent des Gehalts an Verheiratete und 40 Prozent an Ledige ihren Kriegsteilnehmern die weitgehendste Unterstützung. Andererseits erhalten die Beamten und Angestellten von seit zwei Jahren Teuerungszulagen, abgestuft nach den Einkommensverhältnissen.

Die bisherigen Teuerungszulagen betragen: Verheiratete Beamte bis zu einem Gehalt von 4000 M. im Monat 40 M., und 8 M. für jedes Kind, verheiratete Beamte über 4000 M. Gehalt 30 M. und 8 M. für jedes Kind. Ledige Angestellte 25 M., Lehrlinge 15 M. im Monat. Außerdem erstelien die zur Ausbille eingestellten Hilfskräfte einmalige Beihilfen.

Eine Neuregelung im Sinne höherer Sätze ist in Vorbereitung und soll mit Wirkung vom 1. Januar ab in Kraft treten. Daneben ist vorgesehen, allen Beamten und Angestellten, auch den Kriegsausführenden, eine einmalige höhere Zulage auf Schluß des Jahres zu machen. Für sämtliche Kriegsteilnehmer wurde in der letzten Verbandsitzung, wie in früheren Jahren, zu Bewusstwerden der Betrag von 15 M. als Geschenk bewilligt, und einigen jungen Leuten, welche als Militärvollführer im Kriege ihre aktive Dienstzeit abgeleistet haben, beim Krankenkassenverband aber noch nicht fest angestellt waren, sollen 25 M. extra erhalten.

**Aus der Stadt.**

\* Karlsruhe, 20. Nov.

**Zur Kartoffelversorgung.**

Trotz der Kriegerente läßt die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln sehr zu wünschen übrig. Gewiß muß infolge der großen Knappheit aller anderen Produkte, die für den Lebensunterhalt notwendig sind, die Kartoffel den Vorratshilfen spielen und alle Löcher in der Ernährungsdecke zustoßen. Durch diese Knappheitsrolle wird die Erntemenge wesentlich beeinträchtigt. Man sollte nun meinen, daß weil die Dinge so sind, weil die Kartoffel für alle Ausfälle eingepreist hat, eine möglichst restlose Ablieferung der gemahlten Mehlens auf dem Verordnungswege verlangt werden würde. Doch dem ist nicht so. Der Kartoffelbauer hat vielmehr die vorgeschriebenen 60 Zentner je Morgen abzuliefern, wovon er noch 20 Prozent für Schmund und kleine Kartoffeln in Absatz bringen darf. Da die Ernte sich durchweg höher zeigt, ja in manchen Gegenden das Doppelte des abzuliefernden Quantums ergibt, so verbleiben den Landwirten erhebliche Mengen, die zu ihrer freien Verfügung stehen. Allerdings besteht die Vorsicht, daß sie diese nicht verkaufen dürfen. Was mit ihnen geschehen soll, wenn der Bauer sie nicht zu verfrachten in der Lage ist, bleibt das Geheimnis der Verfügung. Verderben wird sie der Landwirt schon nicht lassen, sondern sie werden doch verkauft werden, und zwar zu recht hohen Preisen. Der Kreisbauernrat und der Gemeinderat würden damit ihr und Lor geoffnet. Die vielen privaten Kartoffeltransporte auf den Bahnhöfen reden eine bereits Sprache.

Diese Tatsachen gegenüber wirken die Ankündigungen über eine stärkere Bekämpfung des Schleißhandels mehr wie komisch. Die weitere Folge ist die, daß, wie das Kriegsernährungsamt ankündigt, die Kartoffelration von 7 Pfund wöchentlich nicht erhöht werden soll. Das ist bei der vorgesehene Ablieferungsleistung erklärlich. Aber für den gewöhnlichen Menschenverstand unerklärlich ist die Ablieferungsleistung selbst. Man hätte bei der Knappheit aller sonstigen Lebensmittel erwarten sollen, daß alle über den Selbstverbrauch des Erzeugers überschüssigen Kartoffelmengen als Ablieferungsleistung erklärt würden. Damit hätte man die allgemeine Versorgung durch die Heraushebung der wöchentlichen Ration erheblich verbessert und ansehnlich würde dem Schleißhandel ein derber Miesel vorgezogen sein. Da das leider vorabgemacht ist, so muß noch jetzt gefordert werden, daß die Ablieferungsleistung eine Abänderung erfährt. Und zwar im Interesse der Erhaltung der Volkswirtschaft und Volksgesundheit. Bei der großen Knappheit aller Ernährungsprodukte ist die Kartoffelration von 7 Pfund je Woche zu gering. Sie kann erhöht werden, sobald der Bauer geoffnet ist, die seinen Ernährungsbedarf überschüssigen Mengen abzuliefern. Es ist gar nicht zu verstehen, daß das nicht sofort vorgezogen werden kann. Es ist aber nach Zeit das Vermehrte nachzuholen. Und doch es gefordert, muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden.

gänge im einzelnen und damit das Interesse an der Politik dahinter ist unter den Kämpfern im Grunde überaus gering, und zwar desto geringer, je länger einer bereits Soldat ist. Zu wälgig und zu lange andauernd zerreißen bei den meisten im Felde die Fäden, die sie vielleicht für die Anfangszeit noch mit der Heimatpolitik verbinden. Die Güter das im großen begründet, seine Schilderungen, wie im allgemeinen politische Orientierungsmöglichkeit und körperliche Fähigkeit dazu verschumpft und versinkt in der Abgesamkeit von der Heimat, in der Aufregung und Anstrengung des Dienstes und Kampfes, in der vollständigen Inanspruchnahme von dem, was Lippert die primitive Lebensfürsorge nennen würde, in einer Reihe anderer durchaus einleuchtender Gemeinplätze, denen auf die Dauer höchstens einzelne in jeder Kompagnie nicht erliegen, das alles wirkt überausend. Wohl beherrsche die Leute eine starke Sehnsucht nach bürgerlich-politischer Betätigung, nach Heimat, nach rohem Sieg und Frieden; aber diese Sehnsucht sei ganz Zukunftsstreben. Der Mann „ist inständig und elementar nur von einem Doppelten erfüllt: Deutschland darf nicht kaputt gehen, eher die anderen; und : nach dem Kriege muß es zu Hause anders, ganz anders werden, als es vor dem Kriege war. . . . In dieser geistigen Verfassung wird er heimkommen. . . . Und entscheidend wird für ihn sein, welche der Parteien ihm nach allem am geeignetsten erscheint, ihm in dem schweren Daseinskampf, der dann doppelt erbittert bevorsteht, am wirksamsten und uneigennützigsten zu helfen und zu vertreten. . . . Die Partei also, die im Verlauf des Krieges in vollstündlicher Gesinnung, im Kampf gegen den Bucher, in der Steuerpolitik, in der Volksernährung, in der Eringung neuer freibürgerlicher Rechte die beste, klarste, geradlinigste und fruchtbarste Politik getrieben hat, wird nach dem Kriege die Repräsentantin der Masse der Frontkrieger sein.“

Daß nicht jede Partei diese Bedingungen erfüllen kann, da Parteien im allgemeinen die Sachwalter bestimmter sozialer Interessengruppen sind, ist klar. Daß aber die Sozialdemokratie in dieser Beziehung ein gutes Gewissen haben darf, das konnte sie am Heimatpartei des Würzburger Parteitag überprüften, das kann sie auch überprüfen an den Ausführungen eines Mannes aus dem Felde, dessen Erfahrungsbereitschaft und eheliche Wahrsamkeit niemand bestreiten wird. Es wäre zu wünschen, daß höchstes Lektüredruck viel gelesen würde.

**Theater und Musik.**

Die Münchener Konzertsängerin Alice Brandt-Kau, die sich vor einigen Jahren anlässlich eines Konzertes des Instrumentalvereins sehr vorteilhaft hier einführte, ist zufolge ihrer Verheiratung mit dem Kgl. Opernsänger Hans Brandt nach Hannover übergesiedelt, wo sie bereits durch einen Wiederbesuch und die Mitwirkung bei anderen Veranstaltungen der Kritik und Publikum ausgezeichnete Erfolge erreichte.

Partial text from the right edge of the page, including names and fragments of text.



### Bekanntmachung.

Das badische Einigungsamt ist mit Erlaß vom 22. Oktober d. J. durch die Ministerium des Innern ermächtigt worden,

- auf Anrufen eines Mieters über die Weisung einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen,
- auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß § 1 betroffen wird, mit rückwirkender Kraft anzubekunden.

Karlsruhe, den 17. November 1917. 1698

Das Bürgermeisteramt.

### Aufforderung.

Diejenigen Pächter städtischer Grundstücke, welche mit der Zahlung des Pachtzinses für das Pachtjahr 11. November 1916/17 noch im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, solche innerhalb 8 Tagen zu entrichten.

Die in den Stadtteilen Mühlheim, Müppurr, Grünwinkel und Taglanden wohnenden Pächter haben die Zahlung bei den betreffenden Gemeindeverwaltungen, alle übrigen bei der Stadthauptkasse A (Mühlhaus in Karlsruhe) gegen Empfangsbescheinigung zu leisten.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß den einzelnen Pächtern keine besonderen Forderungszettel zugestellt werden.

Karlsruhe, den 17. November 1917. 1679

Stadthauptkasse A.

Waldstr. 16/18 **COLOSSEUM** Telefon 1938

### Meth's Bauern-Theater.

Mittwoch, den 21. November, abends 8 Uhr  
— Zum letzten Male —

„Die Braut aus der Stadt“  
Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hans Werner.  
Donnerstag 22. November und Freitag 23. November

„S' Lieserl vom Schliersee“  
Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen von H. Mitius.  
Samstag, den 24. November

„Um Liab und Leben“  
Volksstück von Hans Werner. 1702

Weiterer Spielplan folgt.

### Museumssaal

Mittwoch, 21. November, nachmittags 6 Uhr zu Gunsten des bad. Landesvereins vom Roten Kreuz

### Vortrag

Exzellenz **Dr. Kaufmann** aus Berlin  
über 1677  
„Was verdankt das kämpfende Deutschland seiner soz. Fürsorge?“

Karten: M. 3.—, 2.— u. 1.— in der Hofmusikalienhdl. **Fr. Doert.**

### Notenständer

und **Schränke**

in grösster Auswahl im **Odeon-Musikhaus**

Karlsruhe — Kaiserstrasse 175. — 1694

### Damen-Perlze

und **Muffen**, besonders **Alaska-** und **Kreuz-Füchse.**

32 Nur Zickel 32, eine Treppe hoch. **W. Lehmann**, im Hause der Federabhandlung. 1300

### Einige Küfer oder Kübler

auf Holzarbeit zu sofortigem Eintritt gesucht.

**Badische Lebensmittelfabrik**  
Bannwaldallee 1. 1697



Mittwoch, Donnerstag und Freitag.

Erstaufführung. **Bruno Decarli**

### Furcht.

3 Akte von Robert Wiene nach einem indischen Motiv.

### Luftkämpfe.

Ein Tag bei einer Jagdstaffel im Westen. Die Vernichtung eines feindlichen Flugzeuggeschwaders.

### Der Hauptmann-Stellvertreter.

Lustspiel in 2 Akten. 1700

### Pianino

sehr schönes Instrument, nußbaum, mit Aufsatz, zu verkaufen. **Freig Müller**, Musikalienhdlg. Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse. Tel. 388. 1683

### Schulranzen

wird für einen Knaben (Anfänger) zu kaufen gesucht. **Beierthelm**, Maria-Alexandrastr. 64, 3. Et.



Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Nur 3 Tage!

### Ebba Thomsen und Gunnar Sommerfeldt in HotelParadies

Nach dem Roman von **Einar Rousthois** in 5 Akten.

### Die kleine Lotte und der ruppige Fritz.

Lustspiel in 2 Akten. 1701

Weihnachtsbilder bitten wir uns baldigst zu bestellen.

Vergrosserungen von unseren Kriegern auch auswärtige Bestellungen werden prompt erledigt.

### Samson & Co.

Atelier für moderne Photographie, Malerei und Vergrosserungen.

Kaiser-Wilhelm-Halle 7. — Fernruf 547. 1695

Passbilder rasch und billigst.

### „Der Neue Welt-Kalender“

für 1918. Preis 50 Pfg., nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto.

Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als Kriegerwitwe eine **Kapitalabfindung** an Stelle von Kriegsversorgung?

(Mit amtlicher Genehmigung.) Zweite erweiterte Auflage. Preis 60 Pfg., nach auswärts 10 Pfg. Porto.

Zu beziehen durch: **Buchhandlung „Volkstreuend“** Luisenstrasse 21. — Tel. 128.

### Stromeyers Brikkettfabrik Kehl

sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen selbständigen **Elektriker**

mit langjähriger Erfahrung. Derselbe muß befähigt sein, die ganze elektrische Anlage selbständig zu bedienen. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften wollen an **M. Stromeyer, Lagerhausgesellschaft, Abteilung Brikkettfabrik, Kehl**, 1697 eingebracht werden. (Briefe sind offen zu lassen.)

### Zuverlässiger Nachtwächter

zum sofortigen Eintritt gesucht. Kriegsbeschädigte mit leichten Armschäden können Berücksichtigung finden.

**Gesellschaft Sinner** Karlsruhe-Grünwinkel. 1696

Gesucht eine größere Anzahl fleißiger, sauberer **Frauen u. Mädchen**

Zu melden beim Portier **Bad. Lebensmittelfabrik Louis L. Stern & Co.** Bannwaldallee 1. 1682

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik fleißige, saubere, junge **Mädchen.**

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen. **Gesellschaft Sinner** Grünwinkel. 3301

### Frachtbriefe

in sauberer Ausführung liefert **Buchdruckerei „Volkstreuend“**

Sezug  
30 A.  
die Po.

Die  
heit do  
schluß  
gegeben  
den n  
imezu  
Denn  
refoluti  
drücklic  
Wünd  
den s  
zu Li  
haften

Sch  
Beruch  
veridw  
sammen  
Wejens  
gleichen  
und be  
16 h n i  
Nid  
heraus  
Gebiets  
jielle P  
ab, weil  
mit den  
der dau

Diet  
wortnot  
und ver  
mehr al  
les all  
brüderli  
In dieje  
punkte  
bedingun  
der grof  
unter  
der F  
näherun  
menschli

Man  
zu des  
lage an  
Wst sich  
den wi  
nennen  
den Kri  
daß sie  
Frieden  
bracht w  
Waffenst  
finniger  
Koalition  
unausbl  
Land un  
Kriegsbe  
Ziel eine  
daß er b  
einander  
nicht me  
Nachts g  
Die I  
ation h  
den Aus  
Antwort  
fung. G  
ligkeit, d  
eine gleich  
zu Lande  
Freiheit  
gewände  
der künft  
joll, den  
Der neue  
der mate  
des Re